

Was geht uns der Telekom-Streik an?

## Arbeitgeber testen die Durchsetzungsfähigkeit der Gewerkschaften

GEW will Arbeitsbedingungen und Bezahlung aktiv gestalten

Warum sollten sich in Beschäftigten an niedersächsischen Schulen und Hochschulen für die Tarifaueinansetzung bei der Telekom interessieren? Die meisten von uns sind doch im Beamtenstatus oder als Angestellte gelten für sie andere Tarifverträge. Indes stehen für uns angestellte und verbeamtete Lehrkräfte selbst weitreichende Neuregelungen an, die Arbeitsbedingungen und Bezahlung betreffen. Die GEW muss im Verein mit ver.di und der Gewerkschaft der Polizei neue tarifvertragliche und beamtenrechtliche Bestimmungen im Interesse der Mitglieder aktiv gestalten. Die GEW Niedersachsen beginnt, Funktionäre und Mitgliedschaft darauf zu orientieren. Wenn wir diese ureigene gewerkschaftliche Aufgabe annehmen und wahrnehmen, haben wir eine große Chance. Niemand kann und darf sich darauf verlassen, dass alles so bleibt, wie es ist.

Die Durchsetzungsfähigkeit der GEW hängt einerseits von der eigenen Mobilisierung und von der Steigerung des eigenen Organisationsgrades ab und andererseits aber auch vom Erfolg oder Misserfolg anderer Gewerkschaften in den vorangegangenen Tarifaueinansetzungen. Eine Niederlage von ver.di im Telekom-Streik würden wir indirekt auch zu spüren bekommen. Unsere Ausgangslage für die kommenden Auseinandersetzungen würde sich erheblich verschlechtern, wenn ver.di den Ruf erwürbe, in einem Kernbereich ihrer Organisation ein zahnloser Tiger zu sein. Solidarität mit den streikenden Kolleginnen und Kollegen der Telekom ist also nicht nur prinzipiell aus gewerkschaftlicher



Foto: Ulf Birch

**Der bundesweite Streik gegen die Deutsche Telekom geht in die sechste Woche.** Der Arbeitskampf von ver.di richtet sich gegen den Plan des Konzerns, bundesweit rund 50.000 Beschäftigte in andere Unternehmensbereiche zu verlagern – verbunden mit einer Gehaltskürzung und einer Arbeitszeitverlängerung.

Grundhaltung geboten, sondern auch im ureigensten Interesse notwendig.

### Eingruppierung für Lehrkräfte auf der Tagesordnung

Um welche Inhalte geht es für die GEW? Zunächst: Die Eingruppierung der Lehrkräfte wird neu festgelegt, für die Angestellten endlich durch tarifvertragliche Regelung und nicht mehr durch diktierter Eingruppierungserlasse. Davon hängt bekanntlich das Einkommen entscheidend ab. Die Verhandlungen zur Eingruppierung im Rahmen der Tarifverträge im öffentlichen Dienst haben bereits begonnen und zwar für den Bereich der Kommunen (TVöD), später wird auf Bundesebene für den Tarifvertrag-Länder (TV-L) verhandelt. Derzeit wurden die Verhandlungen von den kommunalen Arbeitgebern allerdings unterbrochen. Ohne das aktive Eingreifen der Gewerkschaftsmitglieder wird es wahrscheinlich

nicht gelingen, bei den Arbeitgebern (Länder und Kommunen) Regelungen durchzusetzen, die im Interesse der GEW-Mitglieder sind. Weitere Inhalte, die auf Länderebene tarifiert werden müssen sind: Jahressonderzahlungen, Leistungsentgelte und Arbeitszeit. Anfang 2008 steht zugleich die Tarifaueinansetzung um die künftigen Entgelte an. Diese Tarifverhandlungen werden sich wahrscheinlich mit den Verhandlungen zur Eingruppierung überlagern. So sind auch neue Streiks durchaus nicht ausgeschlossen.

Als Folge der Föderalismusreform regeln die Länder das Beamtenrecht neu. Das Ergebnis der Tarifverhandlungen wird die beamtenrechtlichen Regelungen erheblich beeinflussen – im Guten wie im Schlechten. Ohne den durch den langen Streik erzwungenen Tarifabschluss hätte die Landesregierung z.B. ja keine Erhöhung der Bezüge um 3 Prozent ab 01.01.2008 und keine Sonderzahlung Ende

**Dies ist die letzte EuW-Ausgabe vor den Ferien.**

Vorstand und Redaktion wünschen deshalb bereits jetzt allen Mitgliedern der Organisation und allen Leserinnen und Lesern unserer Zeitung erholsame Ferien und einen erfolgreichen Start in das Schuljahr 2007/2008.

Die nächste EuW erscheint nach der Sommerpause im September.

2007 gewährt. Es ist damit zu rechnen, dass im ersten Halbjahr 2008 die Entscheidungen fallen. Die Beamtinnen und Beamten werden in der Tarifaueinsetzung an der Seite der Angestellten für ihre Interessen politisch erkennbar aktiv werden müssen, um Verhandlungsrechte für sich durchzusetzen, ohne die sie Objekt landesherrlicher Willkür blieben. Aufgabe der GEW ist es, die Aktivitäten im Tarif- und Beamtenbereich zusammenzuführen. (siehe S. 14)

### Die rabiaten Ziele des Telekom-Vorstands

Der Vorstandsvorsitzende der Telekom Obermann plant am 1. Juli 2007 für 50.000 Beschäftigte der Telekom die geltenden Tarifverträge außer Kraft zu setzen. Sein Ziel ist es, die Löhne kräftig zu kürzen und gleichzeitig die Arbeitszeit ohne Lohnausgleich zu verlängern. Insgesamt soll somit das Tarifniveau um 44 Prozent gesenkt werden. Ein Monteur zum Beispiel verliert 539 Euro im Monat und soll dafür noch vier Stunden länger arbeiten. Die Arbeitgeber fordern, die Gehälter künftig neu eingestellter Monteure um 38 Prozent und neu eingestellter Call-Center-Agentinnen um über 40 Prozent abzusenken (in den Call-Centern von heute 2.440 Euro brutto auf künftig 1.151 Euro brutto). Die Fixentgelte lägen deutlich unter dem von ver.di geforderten gesetzlichen Mindestlohn von 7,50 Euro. Ferner sollen die heute Beschäftigten mehrere Jahre nicht an Entgelterhöhungen teilhaben, sollen die variablen Entgeltbestandteile auf bis zu 30 Prozent des Jahreseinkommens angehoben werden, soll die Arbeitszeit umfassend flexibilisiert werden, soll der Rationalisierungsschutz deutlich verschlechtert werden. Die Gesamtsumme der Personalkosteneinsparungen soll 900 Millionen pro Jahr betragen. Im Gegenzug wird angeboten, 2008 bis 2010 auf betriebsbedingte Kündigungen zu verzichten.

Um die bei der Telekom geltenden Tarifverträge außer Kraft zu setzen, will der Telekom-Vorstand 50.000 der insgesamt 160.000 Beschäftigten auf dem Weg des „Betriebsübergangs“ kurzfristig in Tochterfirmen – so genannten Servicegesellschaften – ausgliedern. Wer den neuen Arbeitsvertrag zu den vom Telekom-Vorstand diktierten Bedingungen nicht

unterschreibt, werde sofort arbeitslos, so erpresst Obermann die Beschäftigten. Obermann droht auch mit dem Verkauf der Service-Unternehmen an Dritte, falls ver.di im Arbeitskampf auf ihren Forderungen bestände. Wenn der Telekom-Vorstand mit diesen Vorstellungen durchkäme, wäre ver.di in einem gut organisierten Kernbereich gedemütigt: Die Gewerkschaft könnte ihre in der Wirksamkeit von Tarifverträgen bestehende Schutzfunktion nicht gewährleisten. Weitere Versuche von Arbeitgebern und ihren Verbänden, Tarifverträge auszuhebeln und das Einkommen der Beschäftigten zu dezimieren, wären absehbar.

### Verlogene Behauptungen der Telekom

Die Telekom verbreitet über die Medien, die Telekom verliere pro Jahr 2 Millionen Kunden, weil sie wegen des zu hohen Gehaltsniveaus ihrer Mitarbeiter gegenüber den anderen Mitbewerbern auf dem Markt nicht konkurrenzfähig sei. Die massiven Lohnsenkungen seien daher im Interesse des Unternehmens und der Beschäftigten notwendig. An dieser Argumentation ist alles falsch. Das ARD-Magazin Kontraste hat die von der Presseabteilung der Telekom an die Medien verteilten Gehaltsvergleiche nachgeprüft. Ergebnis: Die Telekom operiert mit falschen Zahlen und fehlerhaften Angaben. So vergleicht sie z.B. langjährige Mitarbeiter der Telekom mit Berufsanfängern anderer Firmen. Siemens und andere Unternehmen zahlen gleich viel Gehalt oder sie bezahlen wie das Unternehmen Arcor sogar mehr.

Lucas Zeise hat in der Financial Times Deutschland vom 15.05.2007 die Konkurrenzsituation der Telekom untersucht: „Obermann argumentiert, die Konkurrenz könne ihm dank niedrigerer Löhne mit billigen Angeboten Kunden abjagen. (...) Die Telekom (...) ist nicht durch hohe Kosten daran gehindert, voll in den Preiswettbewerb zu gehen, sondern durch die Regulierungsbehörde: Der Marktführer darf aus Wettbewerbsgründen nicht mit Kampfpreisen die kleineren Anbieter kaputt konkurrieren.“ Die Behauptung sei „kühn“, „diese Sparmaßnahmen seien zwingend“. „Die Telekom schüttet ohne Not mit 3,1 Mrd. Euro einen außergewöhnlich hohen

Betrag aus. Sie preist diese Tatsache und die hohe Dividendenrendite der Aktie von über 5 Prozent in der Tat als besonders attraktiv an. Die Ausschüttung ist auch gemessen am Geschäftsvolumen sehr hoch. Sie macht fünf Prozent des Konzernumsatzes aus. Es besteht kein Zwang, ein so außergewöhnlich hohes Ausschüttungsniveau beizubehalten. Es dient offensichtlich der Befriedung der Aktionäre, die vom Aktienkurs enttäuscht sind.“

Die Interessen der Bundesregierung sind evident. Der Bund ist mit 31,7 Prozent der größte Anteilseigner der Telekom und kassiert somit 1 Mrd. Euro Dividende. Um weitere Aktien zu verkaufen hat er überdies das Interesse, über hohe Dividenden die Aktienkurse zu stabilisieren. In der von der Fraktion Die Linke beantragten Bundestagsdebatte leugneten die VertreterInnen der Regierungsparteien jede Verantwortung der Bundesregierung für die Lohndumping-Strategie des Telekomvorstands.

### Aktiver Streik seit vier Wochen

Die Gewerkschaft ver.di fordert einen Tarifvertrag „Auslagerungsschutz“. Der Telekom-Vorstand stellt sich in den ersten Streikwochen bei den Tarifverhandlungen stur. Mittlerweise sind über 30.000 Kolleginnen und Kollegen am Streik beteiligt, pro Streiktag bis zu 15.000. Insgesamt fallen durch den Streik bis Anfang Juni 310.000 Arbeitstage aus. Auch die Leistungen der Telekom-Konkurrenten sind indirekt beeinträchtigt. Am 6. Juni erklärt der ver.di-Verhandlungsführer Lothar Schröder: „Unser Streik hat offenbar das Nachdenken bei der Telekom befördert.“ Am 13. Juni beschließt die Große Tarifkommission, wieder zu verhandeln, um „die Einkommen gegebenenfalls unter Berücksichtigung zukünftiger Tarifrunden zu sichern sowie negative Wirkungen beim Betriebsübergang zu minimieren, Ausgliederungs- und Kündigungsschutzregelungen zu sichern und auszubauen, vorhandene Tarifstandards zu erhalten, auch für junge Menschen Beschäftigungsperspektiven ohne Dumpinglöhne zu eröffnen, den Personalabbau auf freiwilliges Ausscheiden zu begrenzen und die Beamten vor der Einführung einer 41-Stunden-Woche zu bewahren“. Ob es bei Erscheinen dieser Zeitung schon zu einem Ergebnis gekommen sein wird? E.B.

## Neuer Sündenfall der Privatisierung

# Umwandlung in Kirchenschulen zu Sonderkonditionen



EIN KOMMENTAR VON  
EBERHARD BRANDT

Der Landtag berät in diesen Tagen über eine Vereinbarung zwischen dem Land und der Evangelisch-lutherischen Landeskirche Hannovers. Zwei bisher staatliche Schulen, eine Grundschule in Wolfsburg und ein Schulzentrum in Os-

nabrück, werden zu Schulen in kirchlicher Trägerschaft umgewandelt. Außerdem sollen im

Kreis Gifhorn und in Nordhorn zwei kirchliche Gymnasien neu gegründet werden.

Dabei werden der Kirche lukrative Sonderkonditionen gewährt, die es sonst in keinem Bundesland gibt: die Konkordatsbedingungen. Das Land gewährt die vollen Personalkosten und lässt verbeamtete Lehrkräfte unter Fortzahlung der Dienstbezüge an diesen Schulen arbeiten. Normale Privatschulen erhalten die ersten drei Jahre keinen staatlichen Zuschuss, bekommen anschließend ca. 80 Prozent der Personalkosten und müssen Schulgeld einnehmen.

Werden mit diesem neuen Sündenfall der Privatisierung weitere Begehrlichkeiten bei

der katholischen und der evangelischen Kirche geweckt, mit der Umwandlung öffentlicher Schulen fortzufahren? Werden die anderen privaten Träger auf Gleichbehandlung klagten? Bisher spielen die privaten Schulen in Niedersachsen eher eine randständige Rolle, wenn man von den katholischen Enklaven mit dem hohen Anteil kirchlicher Gymnasien absieht.

Ein höherer Anteil an Privatschulen verstärkt die sozialen Segregationseffekte des Schulsystems und benachteiligt die staatlichen Schulen. Will die Regierung einen neuen Weg zur Privatisierung beschreiten? Und: Gibt es im Landtag keine Opposition?